

türkei information

Sonderausgabe Nr. 1

19. Oktober 1987

Kampagne Zur Unterstützung Der Demokratischen Forderungen Der Völker Der Türkei

Regime verfolgte Türken und Kurden sowie Juristen, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Gewerkschafter aus verschiedenen Ländern Europas werden sich an diesem Tribunal beteiligen. (Mit den ersten Schritten zur Realisierung dieses Tribunals haben wir angefangen...)

... Der Sternmarsch zwischen dem 21. Oktober und 5. November ist als die Anfangsaktion dieser

Die Unterschriftenkampagne des Menschenrechtsvereins in der Türkei "für Generalamnestie und die Abschaffung der Todesstrafe" geht weiter. Diese Kampagne wird begleitet von Veranstaltungen, Kundgebungen, Pressekonferenzen, Podiumsdiskussionen etc. und soll am 10. Dezember mit einer Großdemonstration in Ankara beendet werden. "Die Demonstration für Generalamnestie", an der sich Angehörige der politischen Gefangenen, Schriftsteller, Intellektuelle, Künstler und Juristen, Studenten, Arbeiter, Lehrer und revolutionäre Kräfte beteiligen werden, wird zum Parlament in Ankara führen, wo eine Delegation dem Parlament eine "Petition für Generalamnestie" aushändigen wird. Die Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen in der Türkei in Hannover, Hamburg, Berlin, Hildesheim, Herne, Wiesbaden, Stuttgart, München, Mannheim etc. entfalten und organisieren verschiedene Aktivitäten hier in der Bundesrepublik zur Unterstützung der Kampagne des Menschenrechtsvereins.

Die Zeitschriften "Türkei Information" und "Devrimci İsci" beteiligen sich aktiv an der Organisation dieser Kampagne. Außerdem wird die Kampagne für Generalamnestie von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen tatkräftig unterstützt.

Unterschriften in ganz Europa werden für die Erklärung des Menschenrechtsvereins in der Türkei gesammelt, seine Presseerklärung breit verteilt.

In der Bundesrepublik wird im Rahmen der Kampagne "zur Unterstützung der demokratischen Forderungen der türkischen und kurdischen Völker in der Türkei" ein 15-tägiger Sternmarsch stattfinden.

ZIELE DER KAMPAGNE UND DES STERNMARSCHES

- Solidarität mit den türkischen und kurdischen Völkern und den revolutionär-demokratischen Kräften in der Türkei!

- Bekanntmachung der Forderungen und Probleme von Millionen von Werktätigen in der europäischen Öffentlichkeit, denen das Meinungsäußerungsrecht, das Recht auf Organisierung, politische Betätigung, zur freien Gestaltung ihres Lebens verboten und deren grundlegendste Freiheiten und Rechte durch das faschistische Regime verweigert werden.

- Internationale Organisationen, europäische Regierungen und Parteien sowie Menschenrechtsorganisationen und die europäische Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß es in der Türkei 250.000 Menschen gibt, die nach dem Militärputsch vom 12. September '80 "für schuldig" erklärt und angeklagt wurden und von denen immer noch ein beachtlicher Teil heute in den Militär- und Zivilgefängnissen sitzt.

- Den europäischen Völkern und internationalen Institutionen die Situation von 1,5 Millionen Menschen bekanntzumachen, die nach dem Putsch zu "Verdächtigen" erklärt wurden, weil sie Demokraten und Linke sind. Ihnen ist es verboten, ins Ausland zu reisen, als Angestellte oder Arbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

- Öffentlich zu machen, daß in der Türkei immer noch große politische Massenprozesse auf der Tagesordnung stehen. Mit den Angeklagten Solidarität in der demokratischen Öffentlichkeit hier herzustellen. Delegationen zu bilden, die in die Türkei reisen, um diese Massenprozesse zu beobachten.

- Die Demagogie von der "Demokratisierung" in der Türkei, die auch in Europa offiziell verbreitet wird, bloßzustellen und die Praxis des Regimes in der Türkei öffentlich anzuklagen.

- Internationalen Druck auf das Regime in der Türkei auszuüben um eine medizinische Behandlung von schwerkranken Gefangenen zu erreichen, deren Krankheiten Resultate schwerer Folterungen und Fehlernährung sind, oder um deren Entlassung zu erreichen.

- Die durch den Menschenrechtsverein in der Türkei eingeleitete "Kampagne für Generalamnestie und gegen die Todesstrafe" von Europa aus breit zu unterstützen und die Unterstützung aller demokratischen Kreise zu erreichen.

- Druck auf das Türkische Parlament und die Parteien auszuüben, damit sie die Frage der Generalamnestie und die Abschaffung der Todesstrafe auf ihre Tagesordnung setzen; den Bundestag, die Parteien, den deutschen Gewerkschaftsbund und die einzelnen Gewerkschaften sowie die anderen Organisationen dazu zu bewegen, auf das anti-demokratische Folterregime in der Türkei Druck für die Erfüllung dieser Forderungen auszuüben.

- Bestehend aus Vertretern der europäischen demokratischen Organisationen sowie Juristen, Schriftstellern, Künstlern und Politikern eine unabhängige "Beobachtungs- und Bewachungskommission über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei" zu bilden, die die demokratischen Forderungen der Völker der Türkei unterstützt und die europäische Öffentlichkeit über die wahren Zustände in der Türkei informiert. (Wir fordern die Bildung einer unabhängigen Kommission mit diesen



Aufgaben gerade auch aus dem Grunde, weil es eine offizielle Kommission von 5 europäischen Ländern gibt, aber die ihre Aufgaben nicht ernstnimmt, sondern der europäischen Öffentlichkeit das erzählt, was die Verantwortlichen in der Türkei den Mitgliedern dieser Kommission offiziell erzählen, nämlich es gebe keine Folter in der Türkei und die Türkei sei zur Demokratie zurückgekehrt...)

- Mittels eines noch zu organisierenden "Internationalen Tribunals" auf Initiative der oben genannten Beobachungskommission das Rechtssystem in der Türkei vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit anzuklagen, "das Rechtssystem des Militärputsches vom 12. September" zu verurteilen. Vom

breitangelegten Kampagne gedacht, mit der wir die oben erwähnten Ziele verfolgen. Wir werden diese Kampagne mit verschiedenen Aktionen auch in Zukunft fortsetzen.

Wir rufen alle demokratischen, fortschrittlichen und linken Organisationen sowie Einzelpersonen auf, alle weiteren Aktionen innerhalb dieser Kampagne mitzuorganisieren oder zu unterstützen, soweit natürlich die oben erwähnten Ziele als unterstützenswert empfunden werden.

Wir rufen alle fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräfte, alle Freunde der demokratischen Menschenrechte auf, sich an dieser Kampagne aktiv zu beteiligen und die Aktionen im Rahmen dieser Kampagne zu unterstützen.

Aus Den Wahlurnen Werden Krisen Herauskommen!

Die Entscheidung Özal's für Frühwahlen, noch bevor die Ergebnisse des Referendums für die Aufhebung oder Nicht-Aufhebung der Politikverbote offiziell bekanntgegeben wurden, führte zu einer von Spannungen geladenen Belebung der politischen Arena in der Türkei. Die Parteien fingen in großer Eile mit den unmittelbaren Vorbereitungen auf die Frühwahlen an. Noch spannender wurden die Entwicklungen auf der politischen Arena, als das Verfassungsgericht einem Artikel des die Frühwahlen vorsehenden Gesetzes widersprach und ihn als verfassungswidrig und daher ungültig erklärte. Die durch diese Entscheidung des Verfassungsgerichtes entstandene Situation verkindet eine ernste politische Krise, während der Kampf der in den Wahllisten der Parteien nicht vorgesehenen Abgeordneten im Parlament und deren Austritt aus ihren Parteien für interessante Entwicklungen sorgten und sorgen. Özal's Festhalten an Frühwahlen trotz der Entscheidung des Verfassungsgerichtes leitete die SHP, die DSP und die DYP zu einem gemeinsamen Vorgehen. Die genannten Parteien drohten Özal mit Wahlboykott und zwangen ihn, sich an die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu halten und den Termin für Frühwahlen zu verschieben (Özal berief das Türkische Parlament zu einer Sitzung, um den neuen Termin für Frühwahlen festzulegen. Er schlug den 29. November vor. Die bürgerlichen Oppositionsparteien verließen darauf das Parlament, trotzdem hat Özal seine Mehrheit im Parlament ohne Diskussion den Wahltermin für den 29. November festlegen lassen...).

Die selben Parteien bemühten sich, eine weitere Vertiefung der Krise zu verhindern, indem sie einen Kompromiß mit Özal um den Staatspräsidenten Eren herum anstrebten.

Diese und weitere Entwicklungen in der Zeit des Referendums sowie im Vorfeld der Frühwahlen bringen eine unausgesprochene Realität nochmals und offen zum Ausdruck: das gegenwärtige System ist von unlösbaren Problemen befallen. Die ersten Probleme in den verschiedensten Strukturen der politischen Ebene entwickeln und formen sich als Äußerung der tiefen Krise in der neo-kolonial geprägten Wirtschaftsstruktur.

Die Frühwahlen, die zur Lösung der früh deutlich gewordenen Krise der Politik der herrschenden Klassen vorgesehen sind vertiefen ihrerseits die selbe Krise. Der Anschein des Kompromisses und der Entspannung nach dem offiziellen Friedensschluß zwischen Demirel, Ecevit und dem Putschgeneral Eren (nach der Aufhebung der Politikverbote besuchten Demirel und Ecevit den Eren und küßten ihn...), der durch die bürgerliche Presse in der Gesellschaft geweckt wurde, dauerte nicht lange und wurde ersetzt durch eine neue Auseinandersetzung der bürgerlichen Kräfte.

Diese Auseinandersetzung konzentriert sich gegenwärtig auf die folgenden Fragen: Form und Datum der Frühwahlen, Funktion des Parlaments und der Parteien etc. Auch wenn es zu einem Kompromiß über den Termin und die Form der Frühwahlen kommt, wird sich diese Auseinandersetzung fortsetzen. In diesem Zusammenhang kann gesagt werden, daß aus den Wahlurnen nur Krisen herauskommen werden, egal wie und wann die Frühwahlen durchgeführt werden.

Um die gegenwärtige politische Situation in der Türkei besser verstehen zu können, ist eine Interpretation des Referendumsprozesses sowie der Verhältnisse, die zu der Entscheidung der Frühwahlen führten, notwendig. Dies setzt wiederum eine detaillierte Analyse dieser Entwicklungen voraus. Wir werden im folgenden Artikel versuchen, unseren Lesern die letzten politischen Entwicklungen in der Türkei verständlicher zu machen.

Die Eren-Özal-Diktatur verfolgte 2 wichtige Ziele, als sie die Lösung des Problems der Politikverbote auf das Referendum abwälzte. Primär wollte sie dadurch die Dauerhaftigkeit der Verbote gegen die türkischen und kurdischen Völker und die Linke legitimieren. Zum Zweiten zielte das Regime auf eine dauerhafte Lösung des Repräsentationsproblems der Oligarchie, das besonders durch das Come-Back Demirel's auf die politische Bühne seit '85 von neuem entbrannt war, und der ökonomischen Interessenkämpfe zwischen den herrschenden Klassen als Ursache dieses Repräsentationsproblems. Entsprechend diesen Zielen versuchte Özal vor und während des Referendums die Massen dadurch für sich zu gewinnen, daß er davor "warnte", eine Aufhebung der Politikverbote würde die Rückkehr der Türkei zur Situation vor dem Putsch von 1980 bedeuten. Diese Drohung Özal's hatte keine andere Bedeutung als Demirel in die Enge zu treiben. Daneben versuchte er die Alleinvertretung der Oligarchie durch die ANAP zu festigen, indem er die an die herrschenden Klassen gerichtete Garantie für die Beibehaltung der bestehenden politischen Struktur immer wieder aussprach.

Wir erläuterten schon in der Türkei-Information Nr. 25 ausführlich, daß der Prozess des Referendums durch die Auseinandersetzungen und Probleme der herrschenden Klassen gekennzeichnet war. Die Tagesordnung der Gesellschaft wurde eine sehr lange Zeit zum Schauplatz der Auseinandersetzungen innerhalb der bürgerlichen Kräfte in Gestalt der Politikverbote.

Zur Zeit des Referendums sowie davor war es ein viel diskutiertes Thema ob Demirel oder Özal die meiste Massenunterstützung habe und wer der politische Repräsentant der herrschenden Klassen und der Rechten sei und das Programm der Oligarchie am besten in die Praxis umsetzen

könne und werde. Obwohl die großen monopolistischen Kräfte ANAP bevorzugten, führte diese Diskussion und die ungewisse Situation zur Entstehung von Skepsis in einigen Kapitalkreisen. Diese Zweifel verbreiteten sich zunehmend auch in der Gesellschaft -genährt durch die ANAP sei keine einstimmige, abgeschlossene Partei (in ANAP gibt es 4 Fraktionen...).

Demirel entwickelte eine Strategie, die wesentlich diese Zweifel in der Gesellschaft verbreitete und letztlich auf die Bevorzugung seiner Linie durch die Massen und die Oligarchie zielte. Wesentliches Glied seiner politischen Propaganda war die wirtschaftliche Not der Massen. Der wichtigste Trumpf dieser Strategie sollte dabei die Unterstützung der Massen für Demirel sein. So wollte Demirel erreichen, daß die Oligarchie die Türen für ihn gegen die ANAP öffnete, deren Massenunterstützung abgeschwächt werden würde.

Özal dagegen bemühte sich um eine überwiegende Mehrheit gegen die Aufhebung der Politikverbote, indem er eine Spannungspolitik, eine Propaganda a la USA verfolgte und alle Vorteile der Regierung einsetzte. So sollte die These, Demirel sei die Alternative Özal's, widerlegt und alle in diese Richtung gehenden Zweifel aus der Welt geschaffen werden.

Das Referendum nahm gerade aus diesem Grunde die Erscheinung eines Krieges zwischen Demirel und Özal an. Die Politik und die Eingriffe der SHP sowie der DSP änderten an dieser Realität nichts. (Wegen der Nicht-Existenz einer revolutionären Bewegung konnten die revolutionär-demokratischen Kräfte diese einseitig durch die Probleme der herrschenden Klassen gekennzeichnete Tagesordnung nicht entscheidend beeinflussen.)

Bis zum Tag des Referendums blieb die auf die Massenbeteiligung an Propagandakundgebungen der Parteien und die bis dahin aufgestellten Statis-

tiken beruhende Annahme, daß die Ja-Stimmen (für die Aufhebung der Politikverbote) gegenüber den Nein-Stimmen mit großem Abstand mehr sein würden, bestehen. Wenigstens verleitet die Entwicklungen breite Kreise zur Ansicht, daß die Nein-Stimmen nicht so hoch sein werden, daß Özal's Rechnungen aufgehen. Diese in den letzten Tagen vor dem Referendum entstandene Atmosphäre war Grund der Entscheidung Eren's und Özal's für Frühwahlen. Folgende Fragen stellen die ANAP-Regierung vor die als unumgänglich scheinende Alternative: Frühwahlen

müssen angesetzt werden: Wie sollte die ANAP sich gegen den aufsteigenden Demirel behaupten, der nach dem Referendum mit einer großen Massenunterstützung auf die politische Bühne offiziell zurückkehren würde? Wie sollte die ANAP, deren Massenunterstützung abgeschwächt wäre, das Land weiterhin regieren? Wie das Programm der Oligarchie mit abgeschwächter Massenbasis in die Praxis umsetzen?...

Mit diesen und ähnlichen Fragen konfrontiert gab Özal noch am Vorabend des Referendums am 6. September 1987 seine Entscheidung für Frühwahlen bekannt. So entschied sich Özal für Frühwahlen als eine Zauberformel, die auch im Falle eines schlechten Referendumsergebnisses für ANAP die ANAP wieder an die Regierung bringen sollte, indem er anderen Parteien keine Zeit zur Vorbereitung lassen und seine Mehrheit im gegenwärtigen türkischen Parlament als Trumpf ausnutzen wollte. Die Fragen, die im Referendum nicht gelöst werden konnten, sollten durch vorgezogene Wahlen gelöst werden. Aber die Ergebnisse des Referendums waren für Özal nicht so schlecht, wie er befürchtet hatte.

Sie standen für Özal besser als für Demirel und all die anderen Parteien. Trotz der offiziellen Rückkehr Demirel's und anderer Politiker mit Hilfe der knappen Mehrheit der Ja-Stimmen kann ohne weiteres gesagt werden, daß der eigentliche Sieger des Referendums Özal war.

Die Höhe der Zahl der Nein-Stimmen hat die Zweifel über ANAP abgeschafft. Die Ergebnisse des Referendums wurden in den Augen bestimmter Kreise der Gesellschaft und insbesondere in den Augen der herrschenden Klassen als eine neue Vertrauensstimme für ANAP gesehen.

Auch wenn alle Nein-Stimmen nicht auf das Konto der ANAP gezählt werden dürfen, muß gesagt werden, daß Özal zur Fortsetzung seiner bisherigen Politik eine beachtliche Massenunterstützung bekommen hat.

Gerade diese Realität verleitet die Kapitalkreise wieder zur Unterstützung der ANAP, die vor dem Referendum

an der ANAP zweifelten und sich zur ANAP mit Abstand verhielten.

Daß beim Referendum weniger Ja-Stimmen als angenommen herauskamen, machte die Stellung Demirel's in der Konkurrenz um die politische Repräsentation der Oligarchie noch fraglicher als vor dem Referendum. Die Ergebnisse des Referendums zeigten auch, daß Demirel nicht die erforderliche Massenunterstützung für eine Regierungsbildung hinter sich hat. Dies führte zur Abnutzung des Status der DYP als Alternative zur ANAP.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Referendumsergebnisse Özal's Position als Vertreter der Oligarchie gestärkt haben. Aber die Ergebnisse des Referendums reichten zur endgültigen Abschaffung innerhalb der herrschenden Klasse und Schichten nicht aus. So ist es möglich, anhand der Referendumsergebnisse schon heute zu sagen, daß die Frühwahlen krisenschürende Charakteristika haben werden.

Auch wenn die Bedingungen für ANAP vorteilhaft scheinen, wäre die Erwartung falsch, der Kampf zwischen den herrschenden Klassen könne mit den bevorstehenden Allgemeinwahlen beendet werden.

Das politische Repräsentationsproblem der Oligarchie, welches zugunsten der ANAP gelöst wird, wird in Zukunft sicherlich an der Oberfläche erscheinen.

Denn -wie auch alle Krisen in der nahen Vergangenheit der Türkei bewiesen haben- die inneren Widersprüche der Oligarchie und die Wirtschaftsstruktur als deren Ursache sind durch Eigenschaften gekennzeichnet, auch unter den gegenwärtigen Bedingungen neue Krisen zu schaffen. Auch wenn Özal bei den allgemeinen Wahlen den Sieg davon trägt, wird dies keine Lösung der Probleme der herrschenden Klassen bedeuten. Solange das bestehende Wirtschaftssystem als Ursache dieser Probleme weiterexistiert und die monopolistischen Kräfte nicht über Möglichkeiten verfügen, die Probleme zwischen sich und den anderen besitzenden Klassen und Schichten mit friedlichen Mitteln zu lösen, wird der Kampf zwischen den herrschenden Klassen immer wieder von neuem entbrennen und neue Krisen verursachen.

In dieser Hinsicht wird aus den Wahlen nichts anderes als Krisen herauskommen, egal zu welchem Zeitpunkt die Wahlen durchgeführt werden.

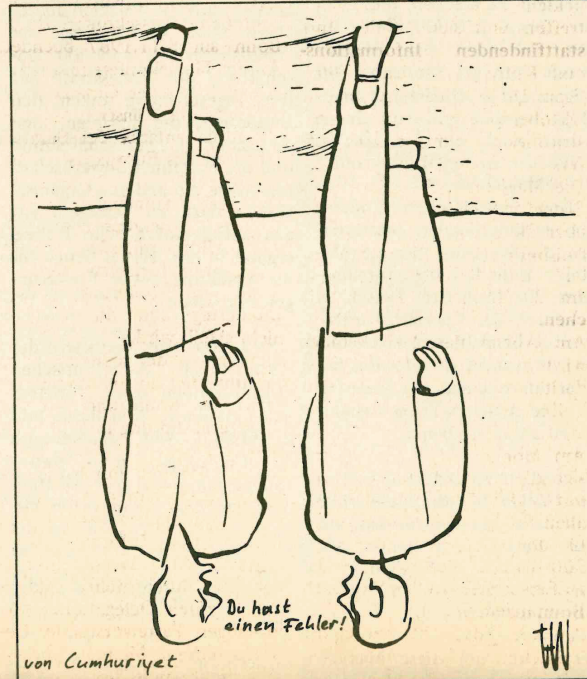
Die Entscheidung für Frühwahlen ist ein Überfall auf die politische Arena. In dieser Eigenschaft sind die Frühwahlen ein Vorstoß, ein Eingriff des Regimes, der den Putsch vom 12. September ergänzen soll. Der Frühwahlenvorstoß der Oligarchie verfolgt inhaltlich das Ziel der Monopolisierung der politischen Ebene.

Die unmittelbaren Ziele dieses Vorstoßes können wie folgt zusammengefaßt werden:

Das Regime verfolgt primär das Ziel, die Unterdrückung der Volksmassen und der revolutionär-demokratischen Kräfte durch Aufrechterhaltung der faschistischen Verbotskette fortzusetzen; die inneren Probleme der herrschenden Klassen zu einer Lösung zu bringen, bevor die Volkskräfte sich wieder erheben.

Es kann ohne weiteres gesagt werden, daß die ANAP sowie die anderen Parteien die Durchführung der Allgemeinwahlen unter den Bedingungen der Nicht-Existenz der Revolutionär-Demokratischen Alternative genießen.

Es ist so, als ob eine geheime Kraft alle Parteien gegen den Eintritt der revolutionär-demokratischen Kräfte in die politische Arena geeinigt hätte. Die Regierung sowie die parteien verfolgen die Politik des Putsches und der Putschgeneräle, die die ganze Verantwortung für die Ereignisse vor dem Putsch auf die Linke und die revolutionären Kräfte abzuwälzen versucht. Alle diese Parteien klammern sich fest an die Diffamierungen des Faschismus des 12. Septembers gegen die Forderungen der Gesellschaft, gegen den gerechten und legitimen Kampf der Volksmassen, sie wären "Terror, Anarchie, Umsturztriebe und Separatismus". So versuchen sie alle ihre Eigene Existenz



tenz auf das Verbot der revolutionären Kräfte und der Volksmassen zu konstituieren. Die Frühwahlen sind offizieller Ausdruck dieser Politik. Zusätzlich muß folgender Punkt unterstrichen werden: Das Referendum sowie die Frühwahlen sind Umsetzungsplattformen der Politik der herrschenden Klassen, die eigentliche Polarisierung in der Gesellschaft der Türkei zu deformieren und zu verschleiern. Der Putsch vom 12. September 1980 wollte die eigentliche politische Polarisierung des gesellschaftlichen Prozesses in der Türkei dadurch verändern, indem er die revolutionär-demokratischen Kräfte vernichtete (die Polarisierung zwischen der faschistisch-reaktionär-rechten Strömung und den revolutionär demokratischen Kräften). Die Politik des Putsches, er sei gegen die Linke aber auch gegen die seine Haltung gegen die bürgerlichen Parteien dienten zur Verschleierung genau dieser Realität und hatten nur in diesem Punkt eine Funktion. Während des Referendums sowie in der danach folgenden Phase haben die ANAP sowie die anderen Parteien versucht, diese Politik auf einer anderen Ebene fortzusetzen. Die ANAP verstärkt gegenwärtig ihre Demagogie, vier verschiedene Strömungen unter ihrem Dach zu einigen, indem sie auch "Sozialdemokraten" in ihre Wahllisten aufnimmt. Sie erzählt den Massen, die Polarisierung der Gesellschaft vor dem 12. September sei überwunden und die Polarisierung in der Türkei von nun an werde zwischen "Streitsüchtigen" und "Kompromißbereiten", zwischen "Aufgabenbewältiger" und "Unfähigen" sein. Demgegenüber produzieren die DYP und die DSP die Politik der herrschenden Klassen in einer anderen Dimension, indem sie

behaupten, die eigentliche Polarisierung der Gesellschaft sei zwischen "Demokraten" und "Militaristen". (Enevci sieht es als notwendig an, eine neue Definition der Begriffe "Fortschrittlich" und "Reaktionär" vorzunehmen. Nach seiner Ansicht habe die alte Definition dieser Begriffe ihre Funktion verloren...) Zum zweiten wird bei den Frühwahlen das folgende Ziel verfolgt: Die ANAP will die Probleme hinsichtlich der Representation der Oligarchie lösen, bevor sie größere Wunden einreißen, bevor die politische Instabilität alle Bereiche kennzeichnet. Ohne Zweifel entspricht dieser Wille auch den Wünschen der monopolistischen Kräfte. Das Regime versucht durch den Vorstoß des Referendums und die Festsetzung von Frühwahlen eine dauerhafte Lösung für die Fragen zu finden, wie denn die Kämpfe innerhalb des bürgerlichen Lagers beendet werden können, und als eine Widerspiegelung dieser Kämpfe, wer denn die Rechten politisch repräsentiert. Durch Änderungen im Wahlgesetz wurde gewährleistet, daß eine Partei, die 32 % der Stimmen bei den Wahlen bekommt, allein die Regierung bilden kann. Gegenwärtig wird diese Partei die ANAP sein. Auf diese Weise will die ANAP erreichen, daß die DYP im Parlament mit einer schwachen Fraktion vertreten wird und die Stimmen der alten MHP und MSP völlig für die ANAP abgegeben werden, weil diese kleinen Parteien die erforderliche Klausel nicht überwinden und ins Parlament kommen werden. Bei diesen Wahlen wird andererseits ausgehend von der gegenwärtigen Stimmenaufteilung das Ziel verfolgt, daß auf der politischen Arena nur zwei Parteien übrigbleiben und die anderen im Parlament nicht vertreten werden. Auf diese Weise soll das Ziel

des Putsches, der Plan vom 2-Parteien-System, verwirklicht werden. Die Putschgeneräle versuchten eine politische Struktur mit zwei Parteien aufzubauen, die beide das Programm der Oligarchie realisieren sollten. Nach ihrem Plan sollte es eine starke Regierungspartei und daneben eine schwache Oppositionspartei geben und diese das Land ohne Streit und Krach regieren. Dieser Plan ging wie bekannt nicht auf. Die Umsetzung des erwähnten Plans wurde nun zur Aufgabe der ANAP. Sie nahm gesetzliche Regelungen vor, die eine Durchführung der Wahlen nach dem Willen der Vertreter des 12. Septembers gewährleisten sollen. Zweifellos war dieser Plan kein Produkt der Engstirnigkeit der Generäle. Sie handelten im Einklang mit den Interessen, den Wünschen und den Direktiven der monopolistischen Kräfte und nahmen den Versuch auf, die politische Struktur nach diesem Plan neu zu ordnen und alle Hindernisse davor zu beseitigen. Für die Oligarchie war es vor dem Putsch nicht einfach, unter den Bedingungen der Mehrparteienstruktur ihr Programm in die Praxis umsetzen zu lassen. (Erinnert werden soll an dieser Stelle an die großen Koalitionsperioden.). Alle Bemühungen der Generäle in den Jahren '83 und '84 waren darauf gerichtet, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Sie errichteten aber aus verschiedenen Gründen, die wir hier nicht weiter ausführen werden, ihr Ziel nicht. Die Aufgabe, dieses Ziel zu erreichen, blieb dem zivilen Özal über. Der Plan Özal's für Frühwahlen, der die Stabilität der politischen Struktur durch die Errichtung einer Ein-Parteien-Herrschaft zu erreichen gedenkt, ist in verschiedener Hinsicht ein Produkt einer die Philosophie des '12. Septembers verfolgenden Denkstruktur.

Özal plant mit dem Gesetz der Frühwahlen, das er wie ein Überfall im Parlament verabschieden ließ, mit anderen gesetzlichen und Ordnungsregelungen, mit seiner der zur Aneignung aufgezogenen Philosophie, kurz mit seinem Programm und seinen praktisch-politischen Maßnahmen die politische und wirtschaftliche Stabilität auf der Grundlage der Fortsetzung des Regimes des 12. Septembers zu erreichen. In einer Hinsicht versucht Özal, die Notwendigkeit (!) von abzuschaffen, indem er ihr Programm selbst praktiziert. Er will die Fortsetzung des Systems, ohne daß es alle zehn Jahre der Machtübernahme eines Militärs bedarf. Natürlich bedarf es keines Militärputsches, wenn Özal alles, was die Generäle im Namen der Stabilität, der Ordnung, der Ruhe und des Friedens im Lande praktizieren, selbst praktiziert. So beklagten sich weder die herrschenden Klassen noch die Armee über die Auflösungen und Assimilationen im Parteiengebilde in dem nach den Wahlen von '83 zusammengesetzten Parlament, obwohl skandalöser und niederträchtiger als vor dem Putsch waren, und sahen auch keinen Anlaß für einen Putsch. Es ist kein Zufall, daß niemand an die Wahrscheinlichkeit eines Putsches dachte, obwohl besonders die Ereignisse im Parlament nach der Festsetzung der Frühwahlen zum Anlaß für mindestens mehrere Putsche genommen werden könnten. (Einer der offiziell bekanntgegebenen Gründe für den Putsch vom 12. September 1980 war bekanntlich die Schwierigkeit des damaligen Parlaments, einen Staatspräsidenten zu wählen.). Die Oligarchie und die Armee haben den Weg eines Putsches nicht als möglich betrachtet, nicht weil sie Respekt vor Demokratie haben, weil eine gewählte Regierung (Özal) genau das tut,

was ein Putsch hätte tun können. Özal müßte die Auszeichnung des ersten und gewählten erhalten, der zur Verhinderung von Putschen genau das tut, was Putschführer tun würden. Özal gibt die Wahlen mit dem Ziel die wirtschaftliche und politische Stabilität in der Fortsetzung der Unterdrückungspolitik und -maßnahmen zu finden. Alle politischen und gesellschaftlichen Prozesse ordnet er danach von neuem. All dies sind Teile eines Plans, der darauf zielt, die mit dem Putsch vom 12. September errichtete neue Staatsordnung für eine sehr lange Zeit beizubehalten. Auch wenn dieser Plan mit dem vom 12. September geschaffenen Gesetzen als sein Hindernis konfrontiert wird (das Gesetz der Frühwahlen mußte vor das Verfassungsgericht!) ist das bestrebte Ziel die Perfektionierung des Systems des 12. Septembers. Die herrschenden Klassen und das Regime werden sicherlich weiterhin an diesem Punkt festhalten. Die in allen Bereichen angehäuft Probleme der Türkei, die von neuem wachsende gesellschaftliche Opposition zerstören noch einmal die Träume der herrschenden Klassen von einer Türkei als ein Blumengarten ohne Unkraut. Genau diese Realität zwingt die Herrschenden zu versuchen, ihre gegenwärtige auf Terror und Unterdrückung basierende Herrschaft mit den selben Mitteln auf jeden Preis aufrechtzuerhalten. Zusammengefaßt: Egal zu welchem Zeitpunkt die Wahlen durchgeführt werden, werden aus den Wahlurnen nur Krisen herauskommen.

Anfang Titelseite

STERNMARSCH FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE UND FÜR GENERALAMNESTIE IN DER TÜRKIE

An dem Sternmarsch für Generalamnestie in der Türkei werden sich Revolutionäre und Demokraten aus der Türkei und Türkei-Kurdistan zwischen dem 21.10 und dem 5.11.1987 beteiligen. Die erste Hälfte des bundesweiten 15-tägigen Sternmarsches findet nur innerhalb der Städte zu Fuß statt. In der zweiten Hälfte wird uns der Sternmarsch zu Fuß nach Bonn führen. **NORDZUG:** Die Teilnehmer des Sternmarsches werden am 21.10. in Bremerhaven und am 22.10. in Hamburg, Bremen, Hildesheim, Salzgitter und Braunschweig losgehen und sich am Abend des 22.10. in Hannover treffen. Der Nordzug wird sich dann am Morgen des 24.10. aus Hannover in Richtung Bielefeld bewegen und mit neuer Beteiligung am 25.10. Hamm erreichen. Am 26.10. werden die Teilnehmer aus dem Norden in Essen ankommen... **SÜDZUG AUS MÜNCHEN:** Am 21.10. werden die Teilnehmer des Sternmarsches aus Deggendorf, Landshut, Rosenheim und München sich in Richtung Nürnberg auf den Weg machen. Dieser Zug wird über Nürnberg, Aschaffenburg, Frankfurt am 25. 10. Wiesbaden erreichen.

SÜDZUG AUS ULM: Die Teilnehmer aus Ulm fangen mit dem Teil des Sternmarsches am 23-24. Oktober an, gehen über die Städte Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Auch sie werden am 25.10. Wiesbaden erreichen. In Wiesbaden werden sich die beiden Züge aus dem Süden treffen und sich an der dort stattfindenden Informations- und Kulturveranstaltung beteiligen. Der Südzug wird am 27. Oktober Essen erreichen und sich hier mit dem Nordzug treffen. Die Marschteilnehmer aus dem Süden und Norden werden dann über die Städte im Ruhrgebiet Duisburg, Düsseldorf, Wuppertal und Bergisch-Gladbach am 2. November Köln erreichen. Am Abend des 2. November wird in Köln eine große Solidaritätsveranstaltung mit den Teilnehmern des Sternmarsches stattfinden. Am Morgen des 3.11. werden sich die Sternmarschteilnehmer mit zusätzlicher Beteiligung aus allen Städten der Bundesrepublik und der Prominenten (ca. 300 bis 350 Menschen) wieder zu Fuß weiter auf den Weg nach Bonn machen. Am Abend des 3.11. werden die Teilnehmer des Sternmarsches mit einem Sitzstreik in Bonn

beginnen. Am 4.11. wird der Sitzstreik fortgesetzt, während Vertreter der Teilnehmer jeweils in Delegationen die Bundestagsparteien besuchen und an sie ihre Forderungen tragen werden. Der Sitzstreik an diesem Tag wird einen kulturfestlichen Rahmen haben. Der Sternmarsch wird mit einer zentralen Pressekonferenz in Bonn am 5.11.1987 beendet. An der Pressekonferenz werden sich Schriftsteller, Gewerkschafter, Anwälte, Künstler, und einige Parlamentarier des Bundestags und des Europaparlaments beteiligen. Die Marschteilnehmer werden auf der Pressekonferenz am 5. 11. in Bonn mitteilen, wie sie ihre Aktion fortsetzen werden, wenn ihre Forderung an den Bundestag und die Parteien nicht erfüllt wird. Die Namen der teilnehmenden Prominenten an der Pressekonferenz in Bonn und auf der Großveranstaltung in Köln werden noch bekanntgegeben. In den Städten, durch die der Sternmarsch führen wird, werden Empfangsveranstaltungen, Kultur- und Informationsveranstaltungen, Pressekonferenzen etc. durchgeführt. Außerdem werden Delegationen die jeweiligen Parteivorstände, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen in diesen Städten

besuchen, um Unterstützung für die Ziele des Sternmarsches zu bekommen. Über all diese Aktivitäten in den jeweiligen Städten wird die demokratische Öffentlichkeit informiert. **WIR RICHTEN UNSERE STIMME AN ALLE DEMOKRATEN, FORTSCHRITTLICHE, REVOLUTIONÄRE, UND HUMAN DENKENDE MENSCHEN** Beteiligt Euch am Sternmarsch, an den entsprechenden regionalen Aktivitäten, kommt zahlreich auf die Großveranstaltung in Köln und zum Sitzstreik sowie zur Pressekonferenz in Bonn. Macht die Forderungen des Sternmarsches in eurem Bekanntenkreis bekannt. Helft uns, die Ziele des Sternmarsches zu erreichen. Vergeßt nicht, daß selbst jede noch so kleine Unterstützung der Kampagne zur Unterstützung der demokratischen Forderungen der türkischen und kurdischen Völker und des Sternmarsches einen großen Wert hat. Unterstützt unsere Forderungen!

*AUCH DU WIRST ÄNGST HABEN
*Du, mein Kleiner, auch du wirst Angst haben
*Denn vor allem bist du ein Mensch,
*Vor der Liebe, vor dem Verlieren oder dem Tod
*Vor dem unsichtbaren Verrat mit schwarzem Gesicht
*Die Angst, mein Kleiner, ist natürlich für einen Menschen
*Das ist die Realität des Lebens, das muß man hinnehmen
*Aber wenn du tapfer bist und einen starken Glauben hast,
*Liegt es in deiner Hand, sie nicht zu zeigen.
*Tapferkeit, mein Kleiner, ist nicht keine Angst zu haben,
*Sondern die Angst im Innern zu besiegen,
*Ein leicht zu lösender, starker Knoten, und ein nie zu beugender Kopf zu sein.
*Vergiß nicht, du bist die Hoffnung von Morgen
*Besieg die Angst, beug deinen Kopf vor dem Feind nicht
*Du mußt tapfer sein, auch während du stirbst.
*Denn nur das ist eines Menschen würdig!
Mustafa ÖZENC
*1982 im Militärgefängnis von Adana hingerichtet...

IMPRESSUM:
Herausgeber: Türkei Informationsbüro c/o. R. Öncan Postfach 91 08 43 D- 3000 Hannover 91
V.i.S.d.P.: S. Soyulu c/o Kulturzentrum Karolinen Str.12 2000 Hamburg 6
TÜRKEI INFORMATION IST AUF EURE SPENDEN ANGEWIESEN !
TÜRKEI INFORMATION
Bankverbindung: G. Calar Konto Nr.: 324 51113 BLZ: 250 501 80 Stadtparkasse Hannover Auflage: 8.000

SPENDENAUFBRUF KAMPAGNE FÜR BROT UND ZWIEBELN

Seit schon über drei Monaten streiken ca. 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Lederfabriken in Istanbul. Diese Lederfabriken bestehen aus 124 Einzelbetrieben; 117 von diesen hatten im April dieses Jahres einen Generalstreik in Vorbereitung, 32 Fabriken wurden sofort ausgesperrt, die Polizei löste mit Gewalt alle Versammlungen auf, ein Mensch kam zu Tode. In dieser Branche arbeiten 515 Frauen unter schwersten Arbeitsbedingungen. Es gibt in diesen Lederfabriken keinerlei Arbeitsschutz gegen Säuren, keine Belüftung der Produktionshallen, keine Arbeitskleidung etc. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 45 Stunden, Überstunden werden zwangsweise abgefordert. Unter diesen schwersten Arbeitsbedingungen, die haargenau den Arbeitsbedingungen anfang des Jahrhunderts in Europa ähneln, realisieren die einzelnen profitgierigen Kapitalisten ihre Ausbeutung unter dem Schutz der Gesetze, Erlasse und der Sicherheitskräfte.

Vor drei Monaten haben die Arbeiter/innen einen 6-monatigen Streik beschlossen, um sich gegen diese unmenschlichen Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen und die folgenden Forderungen zu erkämpfen. Dieser Streik ist nicht nur wegen seiner Länge und der Höhe der Beteiligungszahl wichtig, sondern auch gerade deswegen ein Angriffsziel der herrschenden Kreise, weil die Produkte dieser Branche (Hauptsächlich Lederwaren) ein wichtiges Exportgut der Türkei sind. Hauptabnehmer sind die europäischen Länder und der europäische Markt.

- Die Arbeiter streiken, weil sie
- 40 Stundenwoche; keine zwangsweise abgeforderten Überstunden,
 - Anerkennung und Entlohnung von Schwerarbeit besonders für Frauen,
 - 25-40 000 Lira (weniger als 70 DM) für einen Analphabetenkurs,
 - 2 mal 15 Minuten Pause pro Tag, 3 mal Toilettengang,
 - Zuschuß für Arbeitskleidung,
 - medizinische Betreuung,
 - Essensgeldzuschuß,
 - 4 Wochen Urlaub im Jahr erhalten möchten.

Bisher konnte es zu keiner Einigung mit den einzelnen Kapitalisten kommen, denn sie lehnen selbst die minimalsten Forderungen zur Gestaltung des Arbeitslebens ab. Die Arbeiter erhalten in dieser Branche ein Arbeitslohn von umgerechnet weniger als 100,- DM bei täglich zunehmenden Inflationsraten unter dem Friedman-Anhänger Özal. Zur Zeit bekommen sie aus der Streikkasse weniger als die Hälfte. Trotzdem sind sie aber entschlossen, den Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen durchzuführen. Der Streik der Ledergewerkschaft soll noch mindestens drei Monate dauern. Sie kann aber den Streik für weitere drei Monate nicht mehr finanzieren, da ihre Finanzquellen in diesem dreimonatigen Streik erschöpft sind. Zur Zeit ist sie auf Spenden für den Streik angewiesen.

Viele Arbeiter/innen haben angefangen, nur noch Brot und Zwiebel zu essen, um ihren Streik zum Sieg zu führen. Der Streik findet im Stadtteil Kazlıçesme in Istanbul, wo die Lederfabriken sich befinden, breite Unterstützung bei der Bevölkerung. Viele der Arbeiter/innen wohnen in diesem im wahrsten Sinne des Wortes Elendsviertel.

Parallel zum Streik der Lederarbeiter befinden sich auch die Arbeiter von MIGROS, die Arbeiter von Tümtis- und der Pressegewerkschaft im Streik. Es sind insgesamt über 5350 Arbeiter/innen, die sich in diesen Streiks für ihre Rechte einsetzen. Über Vertrauenspersonen haben Mitglieder der Ledergewerkschaft uns aufgefordert, ihren Streik mit Geldspenden und politisch zu unterstützen.

DIESER STREIK IST EINE HOFFNUNG DER GANZEN ARBEITERKLASSE IN DER TÜRKIE UND EIN ANGRIFFSSTREIK DER HERRSCHENDEN

Wie in der europäischen und der deutschen demokratischen Öffentlichkeit bekannt, haben die Militärs in der Türkei am 12. September 1980 geputscht und ein Regime des Terrors und Schreckens gegen die türkischen und kurdischen Völker errichtet. Hunderttausende von Oppositionellen wurden verhaftet, in KZ-ähnliche Kerker gesteckt. Mehrere hundert Menschen wurden entweder auf offener Straße erschossen, kamen bei kontinuierlichen Folterungen um oder "verschwanden". 51 Menschen wurden hingerichtet, alle Berufsorganisationen der Arbeiter (Gewerkschaftskonföderation DISK und die ihr angeschlossenen Einzelgewerkschaften), der Lehrer und Beamten (die größte Lehrergewerkschaft auf dem Balkan TÖB-DER) und andere demokratische und revolutionäre Organisationen wurden aufgelöst und verboten. Deren Mitglieder und Funktionäre wurden vor Militärgerichte gestellt; Massenprozesse, in denen zum Teil mehr als 700 Menschen angeklagt wurden, weil sie anders dachten als die Herrschenden,

vervollständigten die Terrorherrschaft der Foltergeneräle. Auf der Basis der völligen Auflösung und Vernichtung der demokratischen Volksbewegung haben die Militärs sich daran gemacht, ihr Regime zu institutionalisieren und so zu stabilisieren. Das Folterregime wurde dann schließlich 1982 mit einer faschistischen Verfassung gekrönt. Freie Tarifverhandlungen wurden abgeschafft, Streiks verboten. Stattdessen wurde eine Institution namens YHK (Hoher Schiedsrat) errichtet, die über die ganze Welt im Auftrage des Großkapitals allein entscheiden kann. Gegen diesen großangelegten Angriff gegen die Arbeiterklasse schwing die regierungstreue Gewerkschaft TÜRK-İS. Diese Terrorherrschaft war auch notwendig geworden, um die politischen Bedingungen einer Friedman'schen exportorientierten Wirtschaftspolitik zu schaffen. Die Löhne der Arbeiter wurden eingefroren, die Kaufkraft der Arbeiter sank auf die des Standards vom Jahre 1963.

Alle diese Maßnahmen des faschistischen Regimes im Dienste einer Handvoll Kapitalisten haften auch heute an. Die "Demokratisierung" in der Türkei ging soweit, bis die Politikverbote gegen die Führer der Parteien vor dem 12. September aufgehoben wurden, und hielt bei den Verboten gegen die Mehrheit der Gesellschaft an. Aber die Streiks der Arbeiter/innen, die Aktionen der Studenten, der Intellektuellen und der Familienangehörigen der politischen Gefangenen in der Türkei zeigen, daß jetzt die Verbote gegen die Werktätigen dran sind, aufgehoben zu werden. Die Arbeiter/innen haben angefangen, ihre ihnen durch staatliche Gewalt entrissenen demokratischen und ökonomischen Rechte und Freiheiten in einem Kampf wiederzuerlangen. Der Streik der Arbeiter in Netas und Derby im letzten Jahr und nun der Streik der Ledergewerkschaften und der MIGROS-Arbeiter/innen beweisen die Entschlossenheit der Arbeiter/innen, alle Verbote des faschistischen Regimes gegen sich zur Aufhebung zu zwingen.

Wir begrüßen all diese Streiks und Aktionen der Arbeiterklasse der Türkei und Türkei-Kurdistan und sagen laut:

DIE ARBEITER/INNEN IN DER TÜRKIE UND TÜRKIE-KURDISTAN BRAUCHEN UNSERE SOLIDARITÄT

Wir, die unterschreibenden Personen und Organisationen rufen die demokratische Öffentlichkeit, jeden einzelnen Demokraten, humanitär Denkenden, Fortschrittlichen und insbesondere jeden einzelnen Gewerkschafter und die einzelnen Gewerkschaften, jeden, der gegen Faschismus und für Menschenrechte und Demokratie ist, auf, durch eine Spende den Streik der Lederarbeiter und Migrosarbeiter, die z.T. nur noch BROT und ZWIEBELN essen, zu unterstützen. Nur durch Eure Spenden wird es möglich sein, ein Stück Recht in diesem Streik zu erkämpfen.

SPENDE FÜR "BROT UND ZWIEBELN FÜR DIE STREIKENDEN ARBEITER/INNEN!"

Spendenkonto:
Christina Kukielka
Kennwort: "Brot und Zwiebeln"
Konto Nr. 1228503999
Hamburger Sparkasse

Kontaktadressen: Türkei Information
c/o R. Öncan
Postfach 91 08 43
3000 Hannover 91
und

Christina Kukielka
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
die Grünen GAL
Heinrichstr. 36
2000 Hamburg 6

**SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN
ARBEITERN IN DER TURKEI !**

türkei information

Sevgili Türkiye'min eylemci arkadaşlarımla birlikte İstanbul'da bulunan bir dernekten aldığımız haberler, Türkiye'de yaşanan durumun ne kadar vahim olduğunu göstermektedir. Özellikle İstanbul'da yaşanan durumun ne kadar vahim olduğunu göstermektedir. Özellikle İstanbul'da yaşanan durumun ne kadar vahim olduğunu göstermektedir. Özellikle İstanbul'da yaşanan durumun ne kadar vahim olduğunu göstermektedir.

SIE HABEN EINEN NAGEL IN MEINEN KOPF REINGEHÄMMERT!

Lieber ...
Wie du weißt, ist mein linker Arm gelähmt. Ich ging im Juli nach Ankara, ins Krankenhaus. Ich wurde nicht aufgenommen. Der Grund: ich sei ein politischer Häftling. Das bin ich auch. Als ich im Krankenhaus war, fragte der Arzt mich noch vor der Behandlung nach der Straftat, wegen der ich angeklagt werde. Der Arzt erledigte die erforderlichen Formalitäten und schickte mich, ohne mich behandelt zu haben, zurück. Trotz meiner Bitte, mich zu behandeln, soweit es möglich ist, reagierten die Ärzte wie folgt: Obwohl ich schwer krank bin, schickten sie mich wieder ins Gefängnis ... Sie versuchen auf diese Art, das Bild entstehen zu lassen, es gäbe in der Türkei keine Folter. Die verantwortlichen Gremien in der Türkei! Sie haben jahrelang die Menschen gefoltert, sie haben mir sogar während der Folterung die Beine, die Nase gebrochen, sie lähmten meine Arme. Sie haben SOGAR EINEN NAGEL IN MEINEN KOPF REINGEHÄMMERT. Die Spuren der Folter sind bei mir nicht verwischt. Natürlich gibt es noch Folter in der Türkei. Wenn ich Folterzentren aufzählen soll: Militärgefängnis Mamak, Canakkale, Adana, Eskisehir, Metris, Gazi Antep, Diyarbakir, Malatya, Bartin ... Hier wird immer noch gefoltert. Kommen wir zu meinem Gesundheitszustand. Meine Gesundheit verschlechtert sich von Tag zu Tag. Sie behandeln mich nicht - obwohl meine Krankheit schon diagnostiziert wurde - weil ich ein politischer linker Gefangener bin, mit der Begründung, es gebe im Krankenhaus keinen Aufenthaltsraum für Gefangene. Dabei ist dies eine Lüge. Es gibt einen derartigen Raum im Numune-Krankenhaus in Ankara. Der Arzt will auch, daß ich gelähmt bleibe. Es ist doch Folterung an sich, mit der Gesundheit eines Menschen zu spielen. Es gibt sowieso nicht so etwas wie Gesundheit in den Gefängnissen. Der Staat gibt sowieso für jeden Gefangenen 375,- TL (weniger als 1,-DM) für den täglichen Bedarf. Die Gefangenen sind sowieso zur Zeit schon krank. Die verantwortlichen Gremien propagieren, die Gefängnisse in der Türkei wären wie der Himmel. Dabei sind sie doch die Hölle. Kurz in den Gefängnissen der Türkei werden die politischen Gefangenen im unerträglichen Maße unterdrückt.

der Sohn deiner Tante
Abdurrahman Kirkklar